



## Das Letzte: „Herkules“ genügt nicht mehr

Es ist zurzeit schwierig, an der Politik in Deutschland nicht zu verzweifeln. Jeder weiß, dass gründliche Veränderungen erforderlich sind, wohl auch die Politiker selbst, zumindest die meisten. Aber weit und breit ist kein Politiker zu sehen, der die Kraft (und auch die Rückendeckung in den eigenen Reihen) hat, die brennenden Probleme so anzugehen, dass eine nachhaltige Verbesserung der Situation zu erwarten ist.

Eine ähnliche Aussage gilt für die Hochschulpolitik. Der Autor dieser Zeilen hat als Dekan versucht, in seinem Verantwortungsbereich die negativen Auswirkungen der von der Politik vorgegebenen Situation zu minimieren. Bei einer Analyse der Gesamtsituation im Bundesland Hamburg allerdings (für die Hochschulen sind die Bundesländer zuständig) ergab sich am Ende des vergangenen Jahrhunderts das Resultat, dass für eine nachhaltige Verbesserung so einschneidende Veränderungen erforderlich wären, dass nur ein „Herkules“ an der Spitze der Hochschulpolitik diese gegen die zu erwartenden Widerstände durchsetzen könnte.

Und dann die Überraschung: Ein „Herkules“ erschien auf der Bühne der Hamburger Hochschulpolitik, ein Senator, der sofort eine sehr gründliche Bestandsaufnahme begann, schließlich eine hochrangig besetzte Expertenkommission (die „Dohnanyi-Kommission“) mit der Analyse der Situation und der Formulierung von Lösungsvorschlägen für die Problemfelder beauftragte.

Auch hier gab es eine angenehme Überraschung. Schonungslos wurden die Probleme benannt, und so ehrlich, dass es kaum Kritik an der Analyse gab. Die Hamburger Bürgerschaft beschloss schließlich mit großer Mehrheit, dass das Ergebnis der Expertenkommission umgesetzt werden soll.

Die Kritiker formierten sich gegen die Veränderungen, die sich als Schlussfolgerungen aus der Analyse ergaben. Mit Zähnen und Klauen kämpfte man in den Bereichen, in denen Einsparungen vorgesehen waren. Doch „Herkules“ blieb standhaft, weitgehend. Die Hochschule für Wirtschaft und Politik wurde tatsächlich aufgelöst, die Architekturbereiche der Hochschulen zusammengelegt. Dass

in dem Bereich Bauen/Architektur, in dem besonders intensiv gespart werden sollte, nach heftigen Diskussionen und massiven Protesten schließlich mit dem Neubau einer Hochschule (Hafen-City-Universität) besonders viel Geld ausgegeben werden wird, mag man als einen unvermeidlichen politischen Kompromiss durchgehen lassen.

Die größte Enttäuschung ergab sich dort, wo die Chancen, die sich mit den Veränderungen boten, nicht genutzt, teilweise sogar ins Gegenteil verkehrt wurden. Und das seit 2003 geltende neue Hamburgische Hochschulgesetz offerierte den Hochschulen tatsächlich alle die Freiheiten, die für eine erfolgreiche Umgestaltung erforderlich sind.

Aus der Sicht des ehemaligen Fachbereichs und heutigen Departments „Maschinenbau und Produktion“ sind die Ergebnisse besonders enttäuschend. Die seit Jahren betriebene Entwicklung zur Symbiose von Technik und Betriebswirtschaft (und der von allen Seiten anerkannten gemeinsamen Ausbildung von Maschinenbauern und Produktionsmanagern in einem Fachbereich) wurde von der Dohnanyi-Kommission dadurch gewürdigt, dass es eine eindeutige Empfehlung zur Bildung einer gemeinsamen Fakultät der Technik-Studiengänge mit dem Fachbereich Wirtschaft gab. Die Betroffenen waren vehement dafür, die Hochschule nahm sich die Freiheit, dies anders zu entscheiden. Der Fachbereich Wirtschaft (u. a. mit dem Studiengang „Technische Betriebswirtschaft“) wurde mit der öffentlichen Verwaltung und der Sozialpädagogik zu einer Fakultät vereint.

Aber eine technische Fakultät, die Maschinenbau und Produktion mit Fahrzeugtechnikern und Flugzeugbauern, Elektrotechnikern und Informatikern vereinigt, wäre immerhin auch noch ein akzeptabler Kompromiss, wenn denn die Ideen der Reformer und der Geist des Hochschulgesetzes greifen würden. Weitgehende Eigenständigkeit für die Fakultäten und ein Zurückdrängen des oft lähmenden Einflusses der von Statusgruppen-Interessen dominierten Hochschulgremien war die Hoffnung.

Davon ist nichts geblieben. Aus der Sicht des ehemaligen Fachbereichs ist eine zusätzliche

Verwaltungsebene eingezogen worden. Die Anzahl der Gremien ist gleich geblieben, nur das früher einzige Gremien auf der untersten Ebene, dessen Mitglieder von ihren Entscheidungen unmittelbar betroffen waren, hat sich auf eine höhere Ebene verlagert.

Grund zum Pessimismus? Nein, nur tiefe Traurigkeit darüber, dass eine große Chance nicht genutzt wurde. Ganz gewiss wird die ausgezeichnete Mannschaft, die im Department Maschinenbau und Produktion agiert, auch weiter ähnlich erfolgreich wie bisher arbeiten, aber leider immer noch mit den Verlusten, die durch die Reibung in ungeeigneten Strukturen unvermeidlich sind.

Es gibt in der Hamburger Hochschullandschaft heute wohl niemand, der nicht sein gesamtes Berufsleben mit immer neuen Umwälzungen, Reformen, Umstrukturierungen zu tun gehabt hatte. Die Zeit, die erforderlich ist, um von den (vermeintlichen) Vorteilen der Veränderungen zu profitieren, hat es nie gegeben. Dabei wird es wohl noch eine geraume Zeit bleiben. Und ob in absehbarer Zeit noch einmal ein „Herkules“ erscheint, der immerhin die Chancen zu nachhaltigen Verbesserungen liefert, muss mit einem Blick auf die in Deutschland agierenden Politiker skeptisch gesehen werden.

Aber wenn in etwa 10 Jahren auch die letzten „Alt-68er“ pensioniert sind und deren zutiefst konservative Vorstellungen nicht mehr behindern... Und wenn dann vielleicht die Angst nachgelassen hat, gewährte Freiheiten auch nutzen zu wollen... Und wenn die leistungsabhängige Bezahlung von Professoren vielleicht doch nicht mehr durch ein bürokratisches Korsett konterkariert wird... ■



*Prof. Dr.-Ing. habil. Jürgen Dankert, der Autor dieses Beitrags, war von 1998 bis 2004 Dekan und koordinierte im Jahre 2005 die Veranstaltung „100 Jahre Ingenieurausbildung in Hamburg“.*